

Wohnen - ein Grundrecht statt Kommerze

Die Pflicht zur Kostenmiete und für eine Quote für gemeinnützigen Wohnungsbau!

Viele Menschen können sich ihren Wohnraum kaum noch leisten, es werden viele teure Eigentumswohnungen erbaut, die Mietzinse steigen jährlich. Währenddessen schreiben Immobilienkonzerne Gewinne in Milliardenhöhe, sie profitieren, denn irgendwo müssen die Leute schliesslich wohnen. Wir fordern deshalb die sofortige Deckelung der Mieten auf die tatsächlichen Kosten. Vermieter*innen sollen lediglich die realen Ausgaben decken dürfen, ohne zusätzliche Gewinnmargen zu schöpfen. Ausserdem braucht es eine verpflichtende Quote für gemeinnützigen Wohnungsbau bei allen Neubauprojekten, welche garantiert, dass ein Teil neuer Wohnungen für finanziell schlechter gestellte Menschen reserviert wird. Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht für Profit ausgebeutet werden.

Ein öffentliches Register für Immobilienbesitz samt regelmässiger Berichterstattung!

Bei explodierenden Mietpreisen ist Transparenz bei Immobilienbesitz unerlässlich, um Spekulation und Missbrauch zu bekämpfen. Wir fordern die Einführung eines öffentlichen Registers, das klar aufzeigt, wem welche Liegenschaften gehören und wie hoch die Mietzinsen der Vormietenden waren. Diese Informationen müssen genutzt werden, um gezielt gegen Spekulant*innen vorzugehen, die Wohnungen leer stehen lassen, um die Preise künstlich zu erhöhen¹ oder illegal die Mietzinse erhöhen. Diese Praxis führt zur Gentrifizierung, wodurch einkommensschwache Familien aus ihren Vierteln verdrängt werden. Besonders grössere Städte wie Aarau, Baden oder Lenzburg sind betroffen.² Ergänzend braucht es ausserdem regelmässige Berichterstattungen über Leerstand und Spekulation, um das Ausmass des Problems sichtbar zu machen und geeignete Massnahmen gegen Immobilienhaie zu ergreifen. Die Immobilienwirtschaft darf nicht länger die Spielwiese der Reichen sein, sondern muss dem Gemeinwohl dienen.

Enteignung bei Leerstand und profitorientiertem Wirtschaften mit Immobilien!

Immobilienkonzern besitzen mancherorts schon halbe Städte und werten Wohnraum oft künstlich auf oder lassen ihn zugunsten der Spekulation leerstehen. Das ist eine schiere Frechheit, besonders bei dem Wohnraummangel, der im Moment vorherrscht. Wir fordern sofortige Massnahmen und strenge Kontrollmechanismen, um sicherzustellen, dass Wohnraum und Industriegebäude, die länger als sechs Monate leerstehen, enteignet und in

¹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.27565757.html>

² siehe <https://www.immomapper.ch/de/immobilienpreise/c/AG>

bezahlbaren Wohnraum oder öffentlich zugängliche Freiräume umgewandelt werden. Leerstand darf nicht toleriert werden, während Menschen keinen bezahlbaren Wohnraum finden! Ausserdem sollen längerfristig private profitorientierte Immobiliengesellschaften enteignet und der dadurch verfügbare Wohnraum demokratisch verwaltet werden. Nicht-profitorientierte Genossenschaften sollen von diesen Enteignungen ausgenommen bleiben. Wir fordern: Die Häuser denen, die drin wohnen!